

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

F/XXIII/35

Bonn, den 22. Juli 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Auch Instinktlosigkeit kann schädlich sein</u> "Schwarzer Löwe" - keine Frage der "Kompetenzen"	35
2	<u>Nichts gelernt</u> Springer-Studnitz und die Politik des Gewaltverzichts	46
3 - 4	<u>Warnung aus der USA</u> Erfahrungen aus dem Strahlungsbereich der Medizin Von Professor Dr. Karl Bechert, MdB	85
5 - 6	<u>Keine politische Sommerpause in Jugoslawien</u> Prinzipielle Änderungen - Reorganisation von Partei und Staat Von Hans Peter Kullmann, Belgrad	85

\* \* \*

Auch Instinktlosigkeit kann schädlich sein

"Schwarzer Löwe" - keine Frage der "Kompetenzen"

ap - Wenn im Hause eines Nachbarn aus irgendeinem Grunde Familienspannungen entstehen, wird sich jeder vernünftige Mensch hüten, im angrenzenden Grundstück etwas zu tun, was die Familie von nebenan reizen oder in Verlegenheit bringen könnte. Im Bonner Verteidigungsministerium scheint man diese selbstverständliche Verhaltensregel nicht zu kennen.

Natürlich muß eine Truppe auch üben. Aber ein guter Nachbar wird - siehe Beispiel oben - die Stunden für seine Gesangsübungen so einrichten, daß er der Familie von nebenan nicht auf den Wecker fällt.

Herr Schröder, Hausherr im Verteidigungsministerium, meint jedoch, bis zum Beginn der Übungen seiner Leute habe es noch eine Weile und es sei garnicht einzusehen, warum er jetzt schon andere Dispositionen treffen sollte; vielleicht habe sich bis dahin die Gereiztheit beim Nachbarn gelegt.

Jeder vernünftige Mensch wird darüber nachdenken, ob es sich beim Verhalten des Bundesverteidigungsministeriums nur um Naivität und Instinktlosigkeit, oder um etwas Schlimmeres handelt. In jedem Fall scheint es angebracht zu sein, das politische Begriffsvermögen an der Spitze gerade eines solchen Ministeriums genauer zu überprüfen. Naivität und Instinktlosigkeit können unter Umständen genau soviel Schaden anrichten wie Böswilligkeit.

Deshalb sei hier mit aller Deutlichkeit festgestellt: Das Verteidigungsministerium hat, wie jedes andere Ministerium, sein Verhalten und seine Politik in den Rahmen der vom Gesamtkabinett abgesteckten Ziele der allgemeinen deutschen Politik zu stellen. Ein Bundesminister, der das nicht kann oder nicht will, oder der - aus welchen Gründen auch immer - nicht in der Lage ist, die innen- und außenpolitische Wirkung der Aktivität seines Ministeriums richtig einzuschätzen, sollte sich überlegen, ob er dort hingehört, wo er jetzt steht.

Bei diesen Fragen handelt es sich nicht, wie hier und dort in den letzten Tagen angedeutet wurde, um einen "Streit der Kompetenzen oder Ressorts"; hier geht es um die Glaubwürdigkeit der Politik der Bundesregierung.

+ + +

Nichts gelernt

Springer-Studnitz und die Politik des Gewaltverzichts

sp - Der politische Spitzen-Kommentator des Springer-Konzerns, von Studnitz, hat in dessen konservativer "Welt am Sonntag" nachzuweisen versucht, daß die auf dem Gewaltverzicht beruhende Ostpolitik mit der Sowjetnote vom 5. Juli 1968 gescheitert sei. Der Springer-Kommentator sprach von einem Fiasko und von einer Niederlage, nannte den Gewaltverzicht eine halbdurchdachte Konzeption und bewertete die damit verbundene Politik als auf "Hirngespinnste gegründet". Sie sei von Moskau als Bereitschaft zum Kotau interpretiert worden und habe Ostberlin aufgewertet.

Die Politik des Gewaltverzichts, ein avantgardistischer Bestandteil der neuen Ostpolitik Kiesinger/Brandt, wird, darüber kann es in ernsthaften politischen Kreisen keinen Zweifel geben, unbeirrt fortgesetzt. Sie ist nach dem totalen und so verlustreichen Scheitern der Politik der vermeintlichen Stärke, der konkrete Versuch, im direkten Gespräch mit dem Osten einen für beide Seiten akzeptablen modus vivendi den Boden zu bereiten. Der Politik der Stärke verdankt es unter anderem Ostberlin, daß es aus dem Status der Sowjetzone in den Status der DDR vorgerückt ist, wobei die in manchen westdeutschen Kreisen noch verwendeten Führungszeichen kein Programm, sondern nur banal sind.

Daß diese Politik des Gewaltverzichts nicht auf Anhub zu spektakulären Erfolgen führen konnte, war jedem klar, der Politik nicht mit einem Automaten verwechselt und der nicht die Tatsache verdrängt hat, daß wir den von Hitler im deutschen Namen begonnenen Krieg mit Konsequenzen verloren haben, die allen beteiligten Völkern und Staaten Schaden gebracht haben und bringen. Die Tatsache, daß Moskaus unmittelbarer Einfluß bis an Elbe und Werra vorgeschoben wurde und daß der auf dem Bereich zwischen Aachen und Frankfurt/Oder begrenzte deutsche Staatsraum in zwei antagonistische Gebiete getrennt wurde, ist eine dieser Konsequenzen, unter der wir Deutsche, aber eben nicht nur wir allein, zu leiden haben.

Die Politik des Gewaltverzichts entspricht den aus Vorkriegs- und Kriegszeit erwachsenen politisch-psychologischen Fakten und soll initiativ und aktiv helfen, das Mißtrauen, den größten Feind der Entspannung, zu entkräften, soweit das überhaupt erreichbar ist. Jede Politik kann nur insoweit agieren, und jede Politik muß mit Schwierigkeiten und Hindernissen rechnen. Die sowjetische Note vom 5. Juli 1968 kann also nur der Anlaß zu neuen Anstrengungen auf dem als richtig erkannten Weg sein. Die Sowjets wissen, trotz aller notifizierten Agitation, ihre Möglichkeiten real einzuschätzen. Eine Kapitulation der Bundesrepublik gehört nicht dazu. Das weiß auch der Bundeskanzler. Seine Erklärung auf dem CSU-Parteitag beinhaltet eine pure Selbstverständlichkeit.

Der Star-Kolumnist der Springer-"Welt am Sonntag", Hans Georg von Studnitz, weiß das nicht. Seine politischen Vorstellungsmöglichkeiten sind begrenzt. Sie bewegen sich, das kennt man, im zu engen Rahmen eines provinziellen Konservatismus. Er dürfte der Preisträger 1969 der "Deutschland-Stiftung" sein.

+ + +

Warnung aus den USA  
-----

Erfahrungen aus dem Strahlungsbereich der Medizin

Von Professor Dr. Karl Beckert, MdB

Es ist gut, daß der nordrhein-westfälische Innenminister W e y e r jetzt die Bevölkerung aufgefordert hat, Radium-Heizkissen, Radium-Kompressen und ähnliche "Heilmittel" umgehend abzuliefern, weil deren Radium-Gehalt zu Haut- und Knochenkrebs sowie zu Blut-erkrankungen führt. Innenminister Weyer hat außerdem den Rat gegeben, sofort einen Hautarzt aufzusuchen, wenn man die genannten "Heilmittel" längere Zeit benutzt hat.

Wenn heute eine Warnung vor durchdringender Strahlung - ionisierender Strahlung, sagt der Physiker - ausgesprochen wird, so gilt der Warnende als komisch, von einer fixen Idee besessen, man lächelt über ihn und hält die Sache damit für erledigt. Für solches Verhalten sind mancherlei Gründe maßgebend: Die Gefahren und Schädigungen zeigen sich erst nach vielen Jahren, wenn es sich nicht gerade um schwere Strahlenschädigung handelt. Die Schäden sind in der Bevölkerung statistisch verteilt - und massive Interessen und ihre meist massiven Verfechter wirken mit allen Hilfsmitteln moderner "Aufklärung" über die "meinungsbildenden" Einrichtungen dafür, daß die Gefahren verschwiegen oder mindestens verharmlost werden. Die Interessen können verschiedener Art sein, meist sind es wirtschaftliche oder militärische oder, so selten es klingt, wissenschaftliche. Der letztere Fall ist besonders interessant und merkwürdig, weil er ein Licht auf die Fortschrittsgläubigkeit hochzivilisierter Völker wirft.

In Staate New York hat sich in rund 20 Jahren, von 1941 bis 1962, die Zahl der Schilddrüsenkrebsfälle verdoppelt. Die Schilddrüse ist besonders strahlenempfindlich, und Kinder sind strahlenempfindlicher als Erwachsene. In den Vereinigten Staaten hat man bei gewissen Erkrankungen von Kopf oder Hals oder Brust Röntgenbestrahlung angewendet in den letzten 20 Jahren bei Schilddrüsenüberfunktion wie z.B. Basedowscher Krankheit das moderne Verfahren der Behandlung mit radioaktiven Jod. Das letztere ist bei Schilddrüsenkrebs ohne Zweifel ein Verfahren, das sich verantworten läßt, weil so der Krebsherd unmittelbar und ausschließlich durch die Strahlung getroffen und zerstört werden kann als mit jedem anderen Verfahren, vor allem dann, wenn der Krebs sich schon durch Tochtergeschwülste (Metastasen) weithin im Körper verbreitet hat.

Andererseits ist bekannt, daß jede durchdringende Strahlung Krebs erzeugen kann, also nicht nur Röntgenstrahlung, sondern und vor allem auch radioaktive Strahlung. Sie kann eben nicht nur schnell wachsendes und deshalb besonders strahlenanfälligendes Gewebe wie Krebsgewebe zerstören, sondern auch gesundes Gewebe so schädigen, daß Krebs entsteht. Das ist lange bekannt. Weniger bekannt ist, daß sich aus statistischen Erhebungen in den Vereinigten Staaten der Schluß ziehen läßt, die Schilddrüsenbehandlung mit radioaktivem Jod bei nichtkrebsigen Erkrankungen ist nicht selten Ursache für Krebserkrankungen geworden.

Bei uns wird radioaktives Jod in großem Umfange zur Erkennung von Schilddrüsenkrankungen verwendet, selbst bei geringstem Verdacht auf verhältnismäßig harmlose Erkrankungen. Das ist bei der heutigen Kenntnis über die Gefährlichkeit radioaktiver Strahlung und die besonders große Strahlungsempfindlichkeit der Schilddrüse nicht zu verantworten. Es gibt einfache und ungefährliche andere Untersuchungsverfahren, auch die Schilddrüsenüberfunktion kann ohne gefährliche Strahlung behandelt werden.

Aber in den großen Kliniken gibt es Isotopen-Labors, und die Wissenschaftler dort freuen sich über jede Anwendung der doch so einfachen und "wissenschaftlich eleganten" Verfahren der Erkennung und Behandlung von Krankheiten mit radioaktiver Strahlung. Das gibt neue Erkenntnisse - aber NUR über die kurzfristigen Wirkungen und Ergebnisse solcher Anwendung radioaktiver Strahlung. Denn um die nach langen Jahren auftretende Wirkung, die meist ein Schaden ist, kümmern sich nur die Statistiker und in aller Regel nicht die Klinik, welche den Schaden durch radioaktive Strahlung verursacht hat.

Im ganzen wieder ein Beispiel für ein Prinzip, das die Anwendung unserer wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse in Wirtschaft, Politik, Medizin und Technik weit hin beherrscht, und das ich vor 12 Jahren, in einem Vortrag, welcher der Göttinger Erklärung voranging, "das Prinzip des kurzzeitigen Nutzens" genannt habe: mit der heutigen Kenntnis und Beherrschung der Naturvorgänge und vieler anderer lebenswichtiger Gegebenheiten und Zusammenhänge können wir einen vorgegebenen Zweck weitgehend erreichen, aber um die Neben- und Nachwirkungen kümmert man sich meist nicht, oder jedenfalls zu wenig. Die Anwendungswilligen, die an der Anwendung Interessierten, wollen die Gefahren, die Nachteile nicht sehen, geben sie erst dann widerwillig zu, wenn der Schaden so offenkundig geworden ist, daß er sich nicht mehr verschweigen läßt. Vorher kommt es zu sehr hemdsärmeligen Auseinandersetzungen, bei denen große Machtmittel und viel Geld vor allem dann eingesetzt werden, wenn es um politische, militärische oder wirtschaftliche Macht geht. Auch der Rufmord gehört zu den dann geübten "Beweisverfahren" gegen die Warner, in der Wissenschaft begnügt man sich mit dem Lächerlich-Machen, und auch da können Geldinteressen, der industriellen Auftraggeber nämlich, Antrieb sein.

+ + +

## Keine politische Sommerpause in Jugoslawien

### Prinzipielle Änderungen - Reorganisation von Partei und Staat

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Der heiße Hochsommer Jugoslawiens ist, zum Glück für die in Belgrad akkreditierten Auslandskorrespondenten, nie mit der Sauregurkenzeit gleichzusetzen, die andere Journalisten woanders fürchten gelernt haben.

Im Hochsommer vor drei Jahren wurde die jugoslawische Wirtschaftsreform beschlossen, ein außerordentlich einschneidendes Ereignis für Jugoslawien und sicher, wie die aktuellen Ereignisse in der CSSR zeigen, auch für die übrige kommunistische Welt. Vor zwei Jahren, genau am 1. Juli, trat überraschend das Zentralkomitee des "Bundes der Kommunisten Jugoslawiens" auf der Sommerinsel Titos, Brioni, zusammen, um den Sturz des bisherigen Tito-Stellvertreters Aleksandar Ranković und damit die Entmachtung der Geheimpolizei zu beschließen. Im vergangenen Sommer standen Titos Aktivitäten in Bezug auf den Nahostkonflikt im Blickpunkt des Weltgeschehens, und abermals in diesem Juli trat das Zentralkomitee der jugoslawischen Partei, diesmal aber in Belgrad zusammen, um sich durch ein Unikum innerhalb der kommunistischen Weltbewegung auszuzeichnen, nämlich die vollkommene und für absehbare Zeit endgültige Auflösung des Zentralkomitees.

### Gründe für die Auflösung des Zentralkomitees

Bisher wurde die jugoslawische Partei wie jede andere KP der Welt formell durch ein Zentralkomitee geleitet, dem in der Regel über 150 Mitglieder angehören, die aus ihren Reihen sowohl ein Präsidium mit Marshall Tito an der Spitze sowie ein Sekretariat wählten, das sich in letzter Zeit Exekutivkomitee nannte und unter dem Vorsitz des Serben Mijalko Todorović stand.

Doch das jugoslawische Zentralkomitee erwies sich immer deutlicher als ein zu ungefüges Instrument, in dem sich sogar Feinde der offiziellen, wesentlich von Tito bestimmten Linie einnisten konnten - in erster Linie serbische Anhänger des gestürzten Ranković, die Feinde der eingeleiteten Demokratisierung sind, auf der anderen Seite Befürworter einer noch stärkeren Liberalisierung, vor allem aus Kreisen der nördlichen Republiken Slowenien und Kroatien und der jugoslawischen humanistischen Intelligenz.

### Rätselraten um Titos Nachfolger

Daher jetzt der Beschluß, dieses Zentralkomitee ganz einfach aufzulösen und seine Macht dem Präsidium zu übergeben, also dem Politbüro, an dessen Spitze natürlich weiterhin Tito stehen wird. Bei Abwesenheit oder Überlastung soll er in der Führung dieses gekräftigten Politbüros durch einen zweiten Funktionär ersetzt werden können, über dessen Namen man sich natürlich gegenwärtig viele Gedanken macht, denn es könnte sich möglicherweise um den Nachfolger des inzwischen auch schon 76-jährigen Tito in der Führung der Partei

handeln. An Kandidaten für dieses zweite Amt in der Partei fehlt es nicht; am häufigsten werden der ehemalige Tito-Stellvertreter Kosta P o p o v i ć, der gegenwärtige Parteisekretär Mijalko Todorović, der slowenische Partei-Veteran Edvard K a r á e l j und der Chefideologe des "Bundes der Kommunisten Jugoslawiens", Veljko V l a h o v i ć aus Montenegro, genannt.

Zwar soll mindestens einmal im Jahr eine sogenannte Partei-Konferenz die Arbeit des Politbüros überprüfen und sogar korrigieren können, aber der Einfluß von Delegiertenversammlungen auf den Parteiapparat ist auch in Jugoslawien kaum größer als anderswo - eher noch weitaus geringer.

#### Verfassungsänderung vorbereitet

Gleichzeitig wird in Jugoslawien eine Verfassungsänderung vorbereitet, die vor allem das bisher äußerst komplizierte Parliamentssystem betreffen soll.

Bisher bestand das jugoslawische Bundesparlament, die Skupsotina, aus einer sogenannten Bundeskammer, deren Abgeordnete direkt vom Volk gewählt wurden, und vier Sachkammern (für das Gesundheitswesen, die Wirtschaft, die Erziehung und die Politik), die ihre Beschlüsse nur mit Zustimmung der Bundeskammer fassen konnten. Die Abgeordneten dieser Spezialkammern wurden gleichfalls gewählt, aber von Betrieben, Institutionen und Organisationen, die direkt mit dem Sachthema der jeweiligen Kammer in Verbindung stehen - Ärzte, Sozialfürsorge, Sozialversicherungsanstalten etc. stimmten zum Beispiel über die Kandidaten für die Gesundheits- und Sozialkammer ab.

Im Grunde handelte es sich beim jugoslawischen Parlamentarismus um eine äußerst komplizierte Mischung aus plebiszitären und syndikalistischen Elementen, aber dennoch ließ es noch immer eine für Jugoslawien äußerst bedeutsame Komponente außer Acht, nämlich die Tatsache, daß sich der jugoslawische Staat aus verschiedenen Völkern zusammensetzt. Eine Einrichtung wie einen Nationalitätenrat, nur schlecht etwa mit dem westdeutschen Bundesrat zu vergleichen, gab es nicht bzw. nur in rudimentärer Form: im Rahmen der Bundeskammer, die direkt vom Volk gewählt wird, bestand eine Nationalitätenkammer, jedoch ohne großen Einfluß.

#### Trend zur Dezentralisierung

Durch Verfassungsänderung soll jetzt der Trend zur Föderalisierung und Dezentralisierung in Jugoslawien noch verstärkt werden: Die bisherige Bundeskammer wird in einen Nationalitätenrat umgewandelt, während die bisherige Kammer für politische und organisatorische Fragen in eine Kammer der Gemeinden umgebildet wird.

Auf der staatlichen Ebene also weiterhin Dezentralisierung, auf der Ebene der Partei Konzentration der Kräfte - ein Spiel mit den Machtverhältnissen, daß das labile Kräfteverhältnis offenbar für die nächste Zeit in der Waage kalten soll.